

Kurt Koszyk

Franz Ludwig Sensburg
und der Münchner »Vorwärts!« von 1848/49

I

Seit dem 12. Juli 1848 residierte Erzherzog Johann von Österreich als Reichsverweser in Frankfurt am Main. Am 6. August sollte ihm die bewaffnete Macht in allen 38 deutschen Ländern durch eine öffentliche Huldigung verpflichtet werden.

Wieweit sich die Reaktion vier Monate nach Ausbruch der Revolution schon wieder hervorwagte, zeigten Nachrichten, die Ende Juli aus Berlin kamen. Dort hatte das Militär schwarzweiße Fahnen vor den Kasernen ausgehängt und die deutschen Kokarden abgelegt. Zwar erließ der preußische Kriegsminister von Schreckenstein Verordnungen gegen diese »disziplinwidrigen Demonstrationen«, aber König Friedrich Wilhelm IV. untergrub die Stellung des neuen Reichsverwesers dadurch, daß er sich die Zustimmung zu dessen Maßregeln vor ihrer Durchführung in Preußen ausdrücklich vorbehielt. Die Rivalität zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland machte so eine der wenigen Entscheidungen des Frankfurter Parlaments, nämlich die Bildung der provisorischen Zentralgewalt, von vornherein unwirksam. Außerdem schob der preußische Monarch die Nationalversammlung seines Landes beiseite, indem er sich absolut als Richter über den Reichsverweser setzte.

Das war auch der Inhalt der Berichte der ersten Nummer einer neuen Zeitung, die am 6. August 1848, eben an jenem Huldigungstag, in München unter dem Titel *Vorwärts!* vor die Leser trat.¹⁾ Das bescheidene Quartformat entsprach dem

¹⁾ Der abgedankte König Ludwig I. von Bayern ließ dem Oberbibliothekar Lichtenthaler am 19. Juli 1849 sagen, daß er es »wünschenswerth finde . . ., wenn die seit März 1848 herausgekommenen Blätter, wenigstens die in München erschienenen, in der Hof- und Staatsbibliothek gesammelt würden, behufs der Geschichte unserer Zeit; wie schlecht auch die meisten sind, sie drücken darum gerade dieses Schlechte aus«. Ein bis auf 12 Nummern und einige Beilagen vollständiges Exemplar des »Vorwärts!« wurde vom Westfälisch-Niederrheinischen Institut für Zeitungsforschung in Dortmund 1959 aus Privatbesitz erworben. Schlüter, S. 29, meint, etwa 50 deutsche Periodika von 1848/49 könnten als sozialdemokratisch bezeichnet werden.

damals üblichen Gewand der bayerischen und der übrigen deutschen Presse. Nur wenige Organe, wie etwa die *Kölnische Zeitung*, die *Neue Rheinische Zeitung* in Köln, die *Mannheimer Abendzeitung*, die *Neue Deutsche Zeitung* in Darmstadt (später Frankfurt) und einige demokratische Blätter Berlins, versuchten schon, Zeitung im modernen Sinne zu sein. Der Münchner *Vorwärts!* unter seinem Redakteur Franz (Ludwig) Sensburg war nur eine der vielen Revolutionspublikationen in Bayern. Er erschien zu einem Zeitpunkt, als das beste Feuer bei den Münchner, Kölner, Berliner und badischen Unruhen bereits verbrannt war.

In München mit seinen 90 000 Einwohnern gingen die revolutionären Ereignisse Anfang 1848 von heftigen studentischen Krawallen gegen Lola Montez aus. Besonders tat sich die am 26. Mai 1847 gegründete, aber nicht genehmigte Verbindung Rhenania hervor, die den Wahlspruch *Vorwärts* und die Farben der Heidelberger Teutonia Blau-Weiß-Gold führte. Ihr Hauptgegner war das im Juli 1847 gestiftete feudale Korps Alemannia, dessen Mitglieder sich als Beschützer der königlichen Favoritin aufspielten. Nach heftigen, von der Alemannia provozierten Ausschreitungen, an denen etwa 1000 der 1548 Münchner Studenten teilnahmen, ließ König Ludwig I. am 9. Februar 1848 die Ludovico Maximiliana schließen.

Bei den Streitigkeiten muß man berücksichtigen, daß die Universität erst im November 1826 von Landshut nach München gekommen und bis dahin wegen der rauhen Sitten ihrer Studenten verrufen war. Nach Verlegung in die bayerische Residenz hatte sich das geändert. Die Mitglieder der Verbindungen entfalteten vielfach einen Lebensstil, der ihnen, wie *Die Grenzboten* 1848 schrieben, den Spitznamen »Pomadenhengst« eintrug.

Die Rhenania distanzierte sich in ihrer Satzung deutlich von den fünf bestehenden Korps. Obwohl sie, um die Genehmigung nicht zu verhindern, politische Ziele nicht angab und nur betonte, die zum Teil auf Abwege geratenen landsmannschaftlichen Bräuche durch Abschaffung des Fecht- und Kneipzwanges in schöngestiger Weise veredeln zu wollen, wurde ihr erstes Gesuch um Zulassung vom Mai 1847 abgelehnt. Die Mitglieder blieben jedoch zusammen und wiederholten ihren Antrag im November. Da die Rhenania im ersten Semester ihres Bestehens schon 300 Studenten gewonnen hatte, bemühten sich die Münchner Korps erfolgreich, den lästigen Konkurrenten durch Denunziation politischer Tendenzen loszuwerden. Wieder lehnte es die Behörde ab, die Rhenania zu genehmigen.

Trotzdem war der Rhenane Elias Lang bei den Protestaktionen gegen die Schließung der Universität ein Wortführer der Demonstranten. Ludwig I. mußte nachgeben. Die Montez verließ München, die Alemannia wurde aufgelöst, die Universität am 14. Februar 1848 wieder geöffnet, und der König dankte fünf Wochen später selbst ab, nachdem er zuvor das Assoziationsrecht der Studenten erweitert hatte.

Die Ereignisse überstürzten sich, als die Nachricht vom Pariser Aufstand in München eingetroffen war. Am 4. März 1848 stürmte das Volk das Zeughaus, an der Spitze einer der Brüder Sensburg (vermutlich Joseph), die Mitglied der Rhenania waren. Der ältere der beiden, Franz Ludwig Sensburg, hatte am 21. Februar seinen Namen unter eine Protesterklärung des Rektorats und der Studentenschaft gegen die Alemannia gesetzt. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde am 7. März ein Studentenfreikorps mit 15 Kompanien gebildet. Hauptmann der 2. Kompanie war der 1. Vorsitzende der Rhenania und spätere Präsident der Münchner Studentenvertreter-Versammlung, der Schweizer Jonas Näf, der im März 1849 in seine freiere Heimat zurückkehrte.²⁾ Mit Näf unterzeichnete sein Stellvertreter Joseph Sensburg das Schreiben, in dem die Rhenania am 26. Mai 1848 auf behördliche Mahnung erneut um Genehmigung nachsuchte, die endlich am 8. Oktober erteilt wurde.

II

Franz Ludwig und Joseph Sensburg entstammten einer katholischen fränkischen Familie. Ihr Vater Karl (Philipp Jakob) Sensburg wurde am 30. September 1781 in Bamberg geboren. Seit 1804 war er im Justizdienst, zunächst als Landgerichtsaktuar und seit 1809 als 1. Assessor zu Hollfeld. Seine erhaltenen Personalakten geben Aufschluß über die schlechte soziale Lage eines kinderreichen bayerischen Beamten im Vormärz.³⁾

Nach seiner Heirat am 23. April 1815 mit Katharina Krautblatter wurden ihm bis 1823 vier Kinder geboren, was ihn antrieb, immer wieder Gesuche um Beförderung einzureichen. Das Staatsministerium der Justiz, das alle Anträge ablehnte, forderte ihn am 13. Mai 1823 auf, »sich durch emsigere Dienstleistung zu der Klasse der gut geschilderten Staatsdiener zu erheben«. Der Generalkommissär von Bayreuth hob demgegenüber Sensburgs Eifer hervor. Er sei als einziges Mitglied des Landgerichts Hollfeld bemüht gewesen, die Überhäufung mit Arbeiten zu bewältigen. Eine »19jährige treue Dienstleistung ohne Verbesserung im Gehalt, verbunden mit Nahrungs- und Familiensorgen, und wenig Aussicht auf eine

²⁾ Leininger berichtet in seiner Niederschrift aus den Akten, Näf sei schon im Sommer 1848 gestorben. Eine Nachricht im *Gradaus, mein deutsches Volk!* Nr 88 vom 27. März 1849 widerlegt diese Angabe. Die Rhenania gehörte zur Progreßbewegung. Vgl. dazu Griewank, S. 16 f.

³⁾ Bayerisches Hauptstaatsarchiv MInn 36 447 und 43 676. Zur Heirat Mitteilungen des Geistl. Rats Kurt Weirather, Dekans und Stadtpfarrers zu Hollfeld vom 7. April 1961. Trauungsmatrikel V 1815 pag. 16. Nach Angaben des Bamberger Genealogen Bruno Röttinger vom 3. Juni 1961 war Karl Philipp Jakob Sensburgs Vater Max Gerst (geb. um 1720 in Lonnerstadt) 1765 mit vier Kindern vom jüdischen Glauben zum Katholizismus übergetreten und auf den Namen Adam Friedrich Sensburg getauft worden. Offenbar in zweiter Ehe heiratete Adam Friedrich S. (gest. 1792 in Bamberg), der 1769 Polizeiinspektor in Bamberg wurde, 1770 Maria Klara Klebsattel. Von den 12 Kindern aus dieser Verbindung war Karl Philipp Jakob Sensburg das achte.

baldige Verbesserung und Beförderung« könnte wohl zuweilen Mißmut erzeugen. Wiederum vergingen zwei Jahre, in denen Karl Sensburg dreizehn Gesuche an die vorgesetzte Behörde schrieb. Kurz vor der Geburt des fünften Kindes, seines ersten Sohnes Franz Ludwig, am 5. September 1825,⁴⁾ wurde er am 16. Juli zum Landrichter dritter Klasse in Weidenberg ernannt. Doch auch das höhere Einkommen reichte nicht für die große Familie. Am 12. August 1827 klagte Karl Sensburg seinen Vorgesetzten: »Auch der regeste Geist und der festeste männliche Wille, immer thätig zu sein, wird am Ende durch häusliche Sorgen niedergebeugt, ich muß daher offen erklären, daß ich mich ohne baldige Beförderung auf ein Landgericht erster Klasse in meiner bisherigen Situation nicht länger mehr erhalten kann.«

Der zweite Sohn, Joseph, wurde am 13. Oktober 1827 ebenfalls in Weidenberg geboren. Resigniert verfaßte der Landrichter Gesuch um Gesuch. Am 12. August 1829 hieß es: »Ich bescheide mich, daß es einmal im Schicksale der Menschen liegt, daß mancher Talent- und Verdienstvolle Mann nicht erkannt und sein Wirken nicht gewürdigt wird . . . Verhaucht ja manches Veilchen seine himmlischen Düfte am unwegsamem Gestade; und der Wanderer pflückt es nicht!« Und weiter meinte Sensburg in romantisch-biedermeierlichem Stil, daß ihn der Anblick seiner sechs Kinder zwischen zwei und vierzehn Jahren mit Wehmut erfülle: »... und würde mich nicht der heilige Glaube an die allwaltende Vorsehung erheben, so könnte ich nur mit bangen Gefühlen den Blick in die Zukunft richten.«

Im Dezember 1829 wurde ihm die Stelle eines Landrichters zweiter Klasse zu Nordhalben zugebilligt: jährlich 900 Gulden ständiges Gehalt einschließlich 50 Gulden Naturalien, dazu 300 Gulden für den Unterhalt der Schreiber, 300 Gulden für zwei Pferde, 75 Gulden für Holz und 1700 Gulden Tantiemen. Nach Abzug der dienstlichen Aufwendungen blieben ihm rund 1900 Gulden jährlich für den Unterhalt der Familie. Das Einkommen verbesserte sich 1833 um 200 Gulden durch seine Ernennung zum Vorstand des Landgerichts Eschenbach.

1836 bereiteten Sensburg schwere Vorwürfe wegen seiner Amtsführung Kummer.⁵⁾ Er wurde »roher Behandlung von Untertanen sowie des Eigennutzes und der Bestechlichkeit« beschuldigt. Gebühren wären willkürlich erhoben worden. Der Generalkommissär von Bayreuth hielt eine Versetzung nach Burgebrach für

4) Taufbuch der Evang.-Luth. Pfarrei Weidenberg, Bd. VI, Jg. 1825, S. 27, Nr. 86. Die Taufe erfolgte durch den katholischen Geistlichen von Biengarten (Kirchenpingarten). Die Eintragungen wurden jedoch in dem Taufbuch des traditionell protestantischen Weidenberg vorgenommen, das erst kurze Zeit zum katholischen Königreich Bayern gehörte. Die Besetzung der höchsten Ämter mit Katholiken wurde von den einheimischen Protestanten mißtrauisch beobachtet. Mitteilungen des Pfarrers Förster, Weidenberg, vom 14. September 1959. Zwischen 1825 und 1827 scheint eine Tochter Karl Sensburgs gestorben zu sein.

5) Vermutlich starben in dieser Zeit wiederum zwei Töchter Sensburgs. 1836 wurde ihm das letzte, wohl zehnte Kind geboren, so daß er schließlich noch zwei Söhne und fünf Töchter hatte.

ratsam, um die sich Sensburg am 10. Oktober 1836 bewarb: »Dieses Landgericht Burgebrach liegt in der Nähe meiner Vaterstadt Bamberg, wo ich geboren bin, und mehrere Verwandte habe, durch deren Unterstützung es mir möglich würde, die wissenschaftliche Bildung meiner beiden Söhne mit leichteren Kosten bewirken zu können, vornehmlich als Vater von sieben noch unversorgten Kindern zu streben verpflichtet bin. Als dermaliger Vorstand eines der größten Landgerichte im Obermain-Kreise verliere ich durch Versetzung auf das kleine Landgericht Burgebrach offenbar an Einkünften, allein diese liegen mir weniger, als die sittliche! und geistige Bildung meiner Kinder am Herzen.«

Die Hintergründe dieser als Maßregelung zu verstehenden Versetzung waren durchaus nicht ehrenrühriger Natur. Karl Sensburg hatte sich vielmehr mit dem katholischen Klerus angelegt. In Auerbach sollte 1834 ein in kirchlichem Besitz befindliches Benefiziatenhaus verkauft werden. Wegen Krankheit und der unregelmäßigen Verhältnisse des Landgerichts konnte sich der neue Landrichter nicht sofort um die Angelegenheit kümmern, so daß der Verkauf verzögert wurde und für das inzwischen verfallende Gebäude der erwartete Erlös nicht mehr einkam. Die Pfarrer beschwerten sich, was Sensburg, offenbar reizbarer und heftiger Natur, erboste. Er bezichtigte die Geistlichen seinerseits, das Armenwesen vernachlässigt zu haben und der sittlichen und polizeilichen Ordnung entgegenzustreben.

Der Regierungspräsident in Bayreuth folgte den Vorwürfen des Staatsdieners nicht. Am 30. März 1836 berichtete er dem Ministerium: »Auffallen muß aber, wie sich der Landrichter Sensburg verleiten läßt, in einer Zurechtweisung, die kein weiteres Präjudiz involvirt, als ihn unter Bedrohung von Disciplinar-Strafen vor ähnlichen Dienstes-Vernachlässigungen zurückzuhalten, eine Gefährdung seiner und seiner Familien-Existenz zu erblicken, wie er sich soweit vergessen kann, Ausfälle gegen die ihm vorgesetzte Kreis-Stelle an deren Präsidium und in der Beschwerde Schrift (!) sogar gegen Euer Königliche Majestät ausgesprochen (!) und überhaupt in einem Zustande der Überreiztheit sich zu zeigen, welcher jedem Beamten fremd sein sollte . . . Nothwendig muß sich aber die Frage aufdringen, was von dem Benehmen eines Beamten gegen Untergebene zu erwarten sey, der sich eine solche Sprache gegen die vorgesetzte Regierung erlaubt.«

Obwohl die Dienstaufsichtsbehörde den Fall nur zu gern durch Sensburgs Versetzung nach Burgebrach bereinigt sah, bemängelte man zunächst »den der allerhöchsten Verordnung vom 9. September 1825 zuwiderlaufenden Gebrauch alten Stempelpapiers«, bevor das Gesuch am 7. Januar 1837 genehmigt wurde. Jahrelang verfolgte man ihn jedoch mit dem Vorwurf der Bestechung, bis er durch das Appellationsgericht der Oberpfalz und von Regensburg in Amberg am 30. Juli 1839 für erledigt erklärt wurde. Die Kosten der Generaluntersuchung mußte Sensburg tragen. Am 6. August 1841 erhielt er außerdem wegen angeblicher Diätenexzesse in Eschenbach einen ernstlichen Verweis.

Die Stimmung gegenüber König und Regierung im Hause Sensburg dürfte nach diesen Erfahrungen nicht allzu freundlich gewesen sein, so daß die jungen Söhne ganz und gar nicht in einer Atmosphäre des Gehorsams und des Untertanengeistes aufwuchsen. Der Antrag des 64jährigen Landrichters auf neuerliche Versetzung in die Nähe von Würzburg, wo er seine Söhne studieren lassen wollte, wurde 1845 natürlich abgelehnt.

Ein Beispiel für die Denkweise Karl Sensburgs war seine Antwort auf eine allgemeine Ermahnung der Regierung von Oberfranken zu erhöhter Wachsamkeit, nachdem es in Bamberg am 24. und 25. April 1848 Exzesse gegen Lola Montez und einen Angriff auf die Hauptwache gegeben hatte. Der Landrichter in Burgebrach meinte in seinem Bericht am 15. Mai:

»... die Ereignisse in der nahegelegenen Stadt Bamberg haben mich tief ergriffen, und ich würde, wenn ich eine öffentliche Funktion in dieser Stadt zu üben gehabt hätte, diesen Ereignissen kräftiger, als es von Seiten der Stadtbehörden geschehen ist, entgegengewirkt haben... Schließlich erlaube ich mir noch die weitere Bemerkung, daß es bei mir einer Aufforderung zur amtlichen Thätigkeit bei den gegenwärtigen schweren Zeitereignissen wohl nicht bedarf, indem ich aus meinen 44jährigen Amts-Erfahrungen solche Zeit-Ereignisse theilweise schon früher erlebt habe, und daß ich damals wie jetzt in Beziehung auf innige Anhänglichkeit an Thron und Verfassung und pflichtmäßiger Ausharrung in den jetzigen sturmbewegten Zeiten keinem Beamten in Oberfranken, wenn er auch im Range weit höher steht, auch nur im Geringsten nachstehe.«⁶⁾

Am 5. Mai 1848, also schon nach der Revolution, bezeichnete der Regierungspräsident gleichwohl Sensburg als »ungeeignet«, ein Landgericht zu führen. Man würde seine Quieszierung schon früher beantragt haben, wenn dies nicht bisher auf Schwierigkeiten gestoßen wäre. Ausgerechnet der neue Geist, den der Umsturz forderte, wird zitiert, um den Landrichter endgültig abzuhalftern: »... der außerordentliche Grad von Rohheit, den dieser Beamte jederzeit an den Tag gelegt hat, macht es in jetziger Zeit doppelt wünschenswerth, daß seine Entfernung vom Dienste sobald als möglich geschehe.« In der relativ kurzen Zeit von sechs Wochen wurde das Gesuch des Regierungspräsidenten genehmigt. Doch so leicht gab der alte Starrkopf Sensburg nicht nach. Zwar kam er am 24. Juni 1848, wohl durch Krankheit veranlaßt, selbst um die Quieszierung ein, nahm den Antrag aber im Juli zurück, als er von den gegen ihn gerichteten Absichten erfuhr. Er drohte, die Erstattung der Untersuchungskosten von 1839 erwirken zu wollen, und forderte Einsichtnahme in die Untersuchungsakten. Den Rest des Jahres 1848 korrespondierte er mit den Behörden. Um sein Anliegen besser vertreten zu können, zog er Anfang 1849 zu seinen Söhnen nach München. Sein neuerlicher Einspruch vom 28. Februar 1849 enthielt folgende Äußerungen, die den Grad seiner Erbitterung belegen:

⁶⁾ Staatsarchiv Bamberg Reg. von Oberfranken, Präs. Reg. Nr 813/II fol. 82 f.

»Der aus dem Sturm der Märzerschütterungen hervorgegangene politische Umschwung der Dinge hat sowohl über das bisherige geheime Inquisitionswesen, als auch über das geheime Qualificiren der Beamten das Verdammungsurtheil ausgesprochen . . . Ich danke . . . dem Himmel, daß . . . das bisherige spanische Inquisitionsgericht niedergeworfen wurde, ich provocire daher . . . auf förmliche Untersuchung im öffentlichen, mündlichen Verfahren, wo Richter, Staatsanwalt, Zeugen, der Angeschuldigte und das Volk persönlich anwesend sind, wo es verworfenen Seelen nicht mehr möglich ist, im Finstern herumzuschleichen, und geheime Anzeigen zu machen . . .«

III

Franz Ludwig Sensburg bestand im Juli 1845, sein Bruder Joseph zwei Jahre später am Gymnasium in Bamberg das Abitur. Franz Ludwig bezog im Sommersemester 1845 die Universität München und belegte nach den obligatorischen philosophischen Semestern im Sommersemester 1847 Jura. Joseph nahm 1847 das Studium der Philosophie auf und wurde 1848 Jurist.

Bezeichnend für die geistige Einstellung der beiden jungen Männer ist, daß sie sich bald der Rhenania anschlossen. Joseph Sensburg erwies sich als der begabtere Organisator. Er trat in der studentischen Repräsentativversammlung besonders hervor, die nach den revolutionären Ereignissen die Reform der Universitätsverfassung diskutierte,⁷⁾ und wurde Anfang August 1848 als einer der sieben Münchner Delegierten für den II. Studentenkongreß in Eisenach gewählt. Zur gleichen Zeit hatte Franz Ludwig Sensburg die Vorbereitungen für die Herausgabe seines *Vorwärts!* abgeschlossen.

Die Voraussetzungen zur Gründung einer Zeitung waren in Bayern keineswegs günstig, obwohl Ludwig I. am 6. März 1848 die Anwendung der Zensur hatte außer Kraft treten lassen. Aber das Gesetz über die Pressefreiheit, das sein Nachfolger Maximilian II. am 22. März in Aussicht stellte, wurde erst am 4. Juni 1848 verkündet. Doch noch im Juli mußte das Staatsministerium des Innern der Beschlagnahmewillkür der bayerischen Polizei Zügel anlegen. In der Nr. 3 des *Vorwärts!* vom 9. August 1848 hieß es: »*Wir selbst ließen die Feder ruhen, in einer Zeit wo jedes kühne Werk als Wühlerei betrachtet wurde . . .*«

Im April 1848 meldeten die *Grenzboten* aus München: »(Man) stößt . . . bei uns mit jedem Tag eine hoffnungsvolle intelligente Jugend in die Arme des Proletariats, eine Masse von Rechtspraktikanten und jungen Ärzten, die ihr Vermögen darangesetzt haben, etwas zu lernen und nach Beendigung ihrer Studien sich nicht einen Kreuzer verdienen können, weil die ärztliche Praxis nicht freigegeben ist und kein Landrichter einem Rechtspraktikanten etwas bezahlt, wenn er nicht durch ihn einen Schreiber ersparen kann. Man fürchtet die Proletarier, . . . und

⁷⁾ Vgl. Archiv der Universität München G XVI 3 1.—5. Bd. Über die Repräsentativversammlung Heer S. 163. Die enge Verflechtung der Tätigkeit der Brüder führte zu häufigen Verwechslungen. So Valentin, 2. Bd. S. 434 und 442.

doch erzieht man ihnen die Führer. Man bringt die Leute zur Verzweiflung, und wenn sie dann ihr armseliges Leben daransetzen, sich eine bessere Existenz zu schaffen, erklärt man sie für Verbrecher.«⁸⁾

Genau dies war der soziale Hintergrund des *Vorwärts!* Das Blatt suchte engen Kontakt mit den Handwerkern, für deren Unterstützung sich die Rhenania sogar in der studentischen Repräsentativversammlung – wenn auch vergeblich – einsetzte. Und so hieß es, in Anlehnung an den *wahren Sozialismus* der frühen vierziger Jahre, im Programm des *Vorwärts!*:

»Möge die freie Presse . . . erfüllen ihren hohen Beruf einem Volke durch Aufklärung und allseitige Bildung, Einsicht und sittliche Haltung zu bringen, denn ein Staat der denkende Menschen der Mehrzahl nach zählt, der zählt auch große Staatsbürger in einem Sinne, daß sie sich für das Alles umfassende Ganze ihrer öffentlichen Einrichtungen wenn solche vernunftgemäß sind, zu begeistern vermögen, daß sie, sich dem allgemeinen Wohle hingebend, Alles opfern, nur um den Staat zu retten und mit ihm ihre Freiheit, ihr bürgerliches Wohl . . . Wir werden auseinandersetzen das Wesen und die Formen eines Staates, seine Leitung, Verwaltung, die verschiedenen Gewalten in ihm, die Grenzen, in denen sie sich zu halten – alle Rechte, aber nicht minder auch die Pflichten aufzählen. Nicht außer Acht werden wir die wichtigen socialen Fragen unserer Tage lassen – gemeinhin Socialismus und Communismus genannt – werden zeigen, wie sociale Reformen unabweislich nothwendig, wie es sich hierbei aber nicht um ein Experiment zur Augenweide handelt, sondern um das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes.« Bis Ende 1848 führte Sensburgs Zeitung außer dem Motto: *Durch Wahrheit, Entschiedenheit und Ausdauer zur Freiheit!* ein Wappen im Kopf, das die Farben Schwarz-Rot-Gold, Waage, Schwert, Faszis und Heckerhut zeigte.⁹⁾

Der *Vorwärts* blieb seiner einmal gewählten Richtung auch unter härtestem Druck der Reaktion treu. Noch am 1. April 1849 forderte er: *»Um das Proletariat wahrhaft zu emancipiren, um nicht eine arme und verlassene Classe von Menschen auch gesetzlich zu schaffen, welche durch den Mangel an Besitz sich ausgeschlossen sieht von dem Recht des nationalen Daseins, muß vor Allem die Aufnahme des Proletariats in den dritten Stand gewährt werden, und dieß geschieht politisch durch die Staatsverfassung, wie es moralisch und bürgerlich durch die Association und durch die Volkserziehung geschieht. Die Aufnahme der Besitzlosen in alle nationalen und menschlichen Rechte der Besitzenden, das ist die einfachste und einzig richtige Lösung der socialen Probleme.«*

Im Frühjahr 1848 wurde in München durch den Literaten und früheren Schneidergesellen J. Sax aus Eichstätt ein Arbeiterbildungsverein gegründet.¹⁰⁾ Diese

⁸⁾ Grenzboten 1848 I. Sem. II. Bd. S. 23 f. Die Korrespondenz ist E. D. gezeichnet.

⁹⁾ Auf das Sinnbild der Zeitschrift *Vorwärts*, Gedicht in Nr 6 vom 12. August 1848, S. 24.

¹⁰⁾ Rüdiger, S. 11 ff. Der Verein schickte einen Delegierten zum Berliner Arbeiterkongreß im August 1848, vgl. Schlüter, S. 127 ff. Sax eröffnete am 13. November 1848 in München eine deutsche Zeitungshalle. Vgl. auch Doeberl, S. 16 ff.

Organisation des vierten Standes konnte sich neben den demokratischen Vereinen behaupten. Als am 12. August 1848 die Neubildung demokratischer Vereine verboten worden war, kam es am 21. August in der bayerischen Hauptstadt zu Unruhen, in deren Verlauf Truppen eingesetzt wurden. Die Münchner waren am Morgen des Tages durch Maueranschläge aufgerufen worden, sich im Rathausaal zu versammeln, um sich zu überzeugen, »ob sich der ganze Staatsschatz noch hier in der Residenz (Schatzkammer) befindet«. Bei den anschließenden Tumulten wurde der 20jährige Bäckergehilfe Philipp Willner aus Unterfranken getötet. An der Totenfeier nahmen auf Einladung des Arbeiterbildungsvereins am 27. August etwa 1000 Gesellen und Arbeiter teil. Ausführlich berichtete der *Vorwärts!* darüber wie auch über das zweite Opfer des Tages, einen Schlossergesellen. In einer außerordentlichen Beilage beschäftigte sich das Blatt mit den Ereignissen und wurde dafür von der gegnerischen Presse beschuldigt, »mit Bewußtsein Übertriebenes in die Öffentlichkeit« geschleudert zu haben.¹¹⁾

Die allgemeine Erregung in der Stadt war groß, weil die Münchner Kommunalverwaltung eingelegte Spargelder nicht auszuzahlen vermochte und dadurch eine Entlohnung der Arbeiter erschwert wurde. Geschickt suchte der *Vorwärts* die Unzufriedenheit zu schüren, indem er am 27. August von einer hohen Dotation für eine neue Kirche berichtete und darauf verwies, »wie armselig unsere Schulhäuser und derlei Anstalten . . . und wie gering an Anzahl und Hilfsmittel (!) unsere Armenhäuser und das ganze Armen-Versorgungswesen, mit welchen kleinen Aussätzen das Erziehungs- und Bildungswesen unserer Jugend vom Staate bedacht« seien.

Der Arbeiterverein war zu schwach, um bedeutendere Wirkung zu erzielen, aber der *Vorwärts* erwähnte seine Tätigkeit 1849 noch mehr als zuvor. Das Blatt verzeichnete das erste Arbeiterbankett in Deutschland, das am 31. Dezember 1848 in München stattfand und nach dem *Vorwärts* vom 1. Januar 1849 nicht eine Nachahmung der französischen Feste dieser Art war: »...denn während in Frankreich Unbesonnenheit das vorherrschende Element solcher Versammlungen ist, sahen wir hier die schönste Mäßigung. Mehrere hundert Personen aus allen Classen waren zugegen. Gedichte, Reden und Gesänge wechselten miteinander ab und mit Bewunderung nahmen wir die herrlichen Kräfte wahr, die unter der arbeitenden Classe sich befinden.«¹²⁾

Am 24. Februar 1849 fand ein zweites Bankett des Münchner Arbeitervereins zur Jahresfeier der Französischen Revolution statt, über das der *Vorwärts* am 27. Februar meldete:

»Die sinnigen Motto an den geschmackvoll decorirten Wänden, wovon wir nur eines hervorheben, dessen Wortlaut dahin geht, daß sie nicht durch rohe Kraft,

¹¹⁾ *Vorwärts*, Nr 20 vom 28. August 1848, S. 77; v. Pölnitz, S. 113 f.

¹²⁾ Über den Münchner Arbeiterverein vgl. Rüdinger, S. 11 ff. Der *Vorwärts* druckte wiederholt Gedichte des Arbeiters J. G. Friedrich nach, der auch für den *Gradaus* schrieb.

sondern durch die von Kunst und Wissenschaft erzeugte Bildung voranstreben wollen, sind unbestritten der beste Beweis, welch unverdorbenen und edler Boden in diesen Männern ruht, die mit schwieliger Hand sich mühen des Lebens Nothbedarf zu erringen und – dennoch auch der geistigen Vervollkommnung nicht vergessen! Das heitere Fest, belebt durch abwechselnde Reden und Gesänge, deren Kraftstellen von diesen freiheitsdürstenden Seelen mit endlosem Jubel aufgenommen wurden, war von einer großen Anzahl unserer Kammermajorität, den Vertretern der Studentenschaft und wohl gegen 7–800 Arbeitern besucht – und diese bedeutende Anzahl jugendlicher Brauseköpfe bot leider!! unserer sorgsamem Regierung keinen Grund zu sehnlichst gewünschtem Einschreiten, da die Versammlung bis zum späten Auseinandergehen in der fröhlichsten Stimmung verblieb.« Wegen der Teilnahme an diesem Bankett wurde gegen Franz Sensburg eine Untersuchung eingeleitet.

Zu dieser Zeit verschärfte sich die Kritik der Arbeitervereine an der Frankfurter Nationalversammlung. Das kam besonders am 2. April 1849 auf dem Kongreß von 46 Vereinen bayerischer Arbeiter in Nürnberg zum Ausdruck, dessen Beschlüsse der *Vorwärts* als Anzeigenorgan des Arbeiterbildungsvereins am 6. und 11. April veröffentlichte.¹³⁾ Der Kongreß bestätigte die enge Verbindung zum Zentralkomitee der deutschen Arbeiter in Leipzig und ernannte die von Stephan Born herausgegebene *Verbrüderung* ebenfalls zu seinem Organ. Unter Anleitung des Leipziger Zentralkomitees sollten in Bayern Arbeiterwerkstätten errichtet, außerdem der Kampf gegen Zunftzwang und für eine freie Gewerbeordnung begonnen werden. Stephan Born, der selbst am Nürnberger Kongreß teilnahm, erläuterte:

»Die Associationen haben die Aufgabe, den Arbeiter aus seiner Abhängigkeit von dem Capitalisten zu befreien, und wir verstehen unter ›Arbeiter‹ eben sowohl den Meister, der mit fremden Mitteln und für den Handelsstand arbeitet, wie die Gesellen. Der arbeitenden Classe, die Alles hervorbringt, was zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse gebraucht wird, steht eine andere Classe gegenüber, deren Thätigkeit sich darauf beschränkt, durch das Mittel ihres Reichthums die Arbeit für sich in Lohn zu nehmen, Zinsen und Profit ihres zur Arbeit verwandten Capitals aufzuhäufen. So kommt es, daß der Classe der Capitalisten Alles, was das Leben glücklich und heiter machen kann, in Besitz gegeben, daß sie das Verfügungsrecht über alle Erzeugnisse der Arbeit ausübt, denn indem sie die Letzteren an die arbeitende Classe wieder verkauft, nimmt sie ihr mehr ab, als sie selber für diese Erzeugnisse ihr gegeben, und so kommt es, daß die arbeitende Classe in immer größere Abhängigkeit von den Capitalisten geräth, daß Meister oder Gesellen unter der einen oder der anderen Form sich verdingen müssen an den Reichen für einen Lohn, der selten hinreichend ist, eines Menschen Leben menschlich zu fristen. Unsere Aufgabe ist es also, die arbeitende Classe zur Selbständigkeit zu bringen, sie von der Abhängigkeit des Capitals zu be-

¹³⁾ Rüdinger, S. 59 und Schlüter, S. 132.

freien, und das können wir nur durch die Association, d. h. durch eine Vereinigung der Arbeiter zu dem Zwecke, ihre Kräfte für sich selbst auszubeuten; nicht für den Nutzen und die Speculation eines Anderen, sondern für ihr eigenes Beste zu arbeiten, und zwar werden diese Vereinigungen das zur Ausbeutung ihrer Arbeit nothwendige Capital, die Mittel, ein Geschäft zu betreiben, durch Zusammenschießen wenn auch nur geringer Beiträge aufbringen. Wenn alle Glieder eines Gewerbes einen monatlichen Beitrag von beispielsweise 1 fl. bezahlen, so wird in kurzer Zeit eine Summe vorhanden sein, mit der einige Mitglieder dieses Gewerbes ein Geschäft beginnen können; die übrigen Theilnehmer zahlen aber immer noch fort, und mit der fortwährenden Vergrößerung des Capitals wird auch die Zahl der Arbeiter in diesem Geschäft vergrößert, bis zuletzt keiner der Theilnehmer mehr im Lohne eines Unternehmers, sondern in seinem eigenen Lohne steht. Da die Erfahrung lehrte, daß diese Associationen Credit erhalten, daß Capitalisten auch bereit sind, ihre Mittel zu solchen Zwecken vorzuschießen, so ist in diesem Falle der Capitalist nicht mehr der Brodherr der Arbeiter, sondern sein Diener, der dafür dankt, daß ihm Gelegenheit gegeben wird, sichere und genügende Zinsen für seinen Reichthum zu erhalten. Durch die Association, die Vereinigung der Arbeiter können dieselben sich ihre Lebensbedürfnisse auch billiger verschaffen, sie brauchen sie nicht aus der dritten, vierten Hand in kleinen Quantitäten theurer einzukaufen, als der Arbeiter dafür erhalten, der sie an den Kaufmann abgesetzt, sondern sie beziehen ihre Bedürfnisse direct in großen Massen von denjenigen, die sie selbst hervorbringen, und dies ist der Weg zur Verbindung der verschiedenen Associationen oder Arbeiterwerkstätten, sie tauschen direct unter einander aus, und bedürfen dann als Tauschmittel nicht mehr der klingenden Münze, sie können sich ein Papiergeld verschaffen, das sie Alle unter einander anerkennen und zum Austausch ihrer Erzeugnisse benützen. Die Association wird der Welt eine neue Gestalt geben, sie allein ist es, die die schmachlichen Ungleichheiten im Besitzthum möglichst ausgleichen kann, sie wird das Elend aus der Hütte und den Müssiggang aus den Palästen vertreiben. Mögen sich Meister und Gesellen die Hände reichen zur Association, denn Beide sind die Sklaven einer Macht, die der einzelne Mensch mit all seinem Wissen nicht bezwingen kann, die aber aufhört zu sein, sobald die arbeitende Classe es will, d. h. sobald sie sich vereinigt.«

In einer Resolution an die bayerische Volkskammer forderte der Kongreß die Einrichtung von Fortbildungsschulen und Volksbibliotheken. Obwohl diese Wünsche mit der Revolution scheiterten, bemühten sich die Münchner Arbeiter, ihren Verein weiterzuführen. Im November 1849 und im Februar 1850 entsandten sie Vertreter zu den Kongressen in Augsburg und Leipzig. Aber wie die *Deutsche Zeitung* am 30. November 1849 schrieb, war der »einst streng socialistisch-demokratische Central-Arbeiterbildungsverein« in einen *Wander-Unterstützungsverein* umgebildet worden, der mit Glückshäfen und Weihnachtsausstellungen an die Öffentlichkeit trat. Man mag diese Wandlung den düsteren

bayerischen Verhältnissen zuschreiben, die im Februar 1850 von der *Westdeutschen Zeitung* geschildert wurden: Die Denunziationen schossen wie Pilze aus der Erde, und die Kerker hätten nicht mehr Raum für die politischen Verbrecher. Man glaubte, mitten in Preußen zu sein.¹⁴⁾

Trotz der zeitweiligen Betonung der sozialen Frage im *Vorwärts* überwog die Berichterstattung über die allgemeine demokratische, die revolutionäre und die studentische Bewegung. Ein gewisses Interesse wurde auch dem Deutschkatholizismus gewidmet. Noch engere Beziehungen als zum *Vorwärts* unterhielten die Arbeiter zum *Gradaus mein deutsches Volk*; der Arbeiter Nißle, später einer der Redakteure des *Gradaus*, suchte sich trotzdem in dem *Es muß Tag werden* ein eigenes Organ zu schaffen.

Franz Sensburg sah in seinem *Vorwärts* mehr als ein Vereinsblatt. Seine Zeitung sollte die Tagesereignisse vom republikanischen Standpunkt aus betrachten und kommentieren. Zu diesem Zwecke zog er zahlreiche Korrespondenten heran, von denen der Abgeordnete für Breslau in der Frankfurter Nationalversammlung, Arnold Ruge, wohl der namhafteste war. Die Beziehungen zu Ruge sind jedoch nur bis Ende August 1848 zu verfolgen. Der letzte gezeichnete Artikel Ruges trägt den Titel *Die neue Revolution im Anzuge*.¹⁵⁾ Seine Prophezeiung erfüllte sich nicht: »Diese zweite Revolution wird in Deutschland die reelle Demokratie, in Frankreich die sociale Republik hervorbringen: was in jeder Bewegung die Halbheit war, das wird die neue Revolution ergänzen.«

Der *Vorwärts* bevorzugte, wenn Berichte übernommen wurden, Robert Blums *Deutsche Reichstagszeitung* (Frankfurt/Main), das *Frankfurter Journal*, Arnold Ruges *Berliner Reform*, die *Deutsche Zeitung* (Frankfurt/Main) und besonders den Nürnberger *Freien Staatsbürger*, das entschiedenste demokratische Blatt in Franken. Ab April 1849 tauchten häufig Kommentare aus der linksradikalen *Neuen Deutschen Zeitung* (Frankfurt/Main) auf.¹⁶⁾

An erster Stelle stand naturgemäß die demokratische Bewegung im bayerisch-fränkischen Raum. Die Verordnung gegen die demokratischen Vereine vom 12. August 1848 veranlaßte den *Vorwärts* zu der Erklärung: »... die Monarchie kann nur bestehen, wenn sie auf den Willen des Volkes, also auf die Demokratie sich stützt.« Der Widerstand des Königs gegen diese Vereine ging von der Annahme aus, daß sie die demokratische Republik anstrebten, damit die Selbstän-

¹⁴⁾ Zitiert nach Westf. Volkshalle, Münster, Nr 50 vom 27. Februar 1850.

¹⁵⁾ Nr 21 vom 30. August 1848. Der Artikel ist sowohl mit dem vollen Namen wie mit dem Korrespondenzsigel »R« gezeichnet. Da gegen Sensburg wegen dieses Artikels untersucht wurde, mag Ruge später auch unter anderen Zeichen mitgearbeitet haben. Bis November 1848 wurden die Berliner Berichte vielfach der *Reform* entnommen. Dann erscheint das Korrespondenzzeichen »C« und ab Januar 1849 »D«. Ruges weitere Leitartikel tragen die Überschriften: *Kosmopolitismus und Humanismus* (Nr 4), *Das großstädtische Berlin gegen die Revolution* (Nr 11) und *Unsere Lage* (Nr 19). Vgl. auch Neher, S. 191 ff.

¹⁶⁾ Doeberl, S. 165. Zur *Neuen Deutschen Zeitung* vgl. Koszyk, S. 52 f.

digkeit der einzelnen deutschen Staaten gefährdeten und die Autorität des Regenten.

Eines der Hauptanliegen des *Vorwärts* war die Assoziation aller demokratischen, freisinnigen Vereine in ganz Deutschland, um so »die kräftigste Schutzmauer gegen die Angriffe der Reaction zu bilden«. Die Polemik gegen den Münchner Verein für Freiheit und Ordnung, dessen Vertreter sich auf der Volksversammlung in Nördlingen am 27. August 1848 zur Demokratie bekannt hatten, war in diesem Sinne weniger scharf als pädagogisch ermunternd.

Um so entschiedener verurteilte das Blatt die konservative Rechte in München, deren *Volksbote* als »Schmähblatt mit bedauernswerther Geistlosigkeit« und als »ultramontaner Polizeibote« qualifiziert wurde: »Als unermüdliche Maulwürfe untergraben diese schwarzen Wähler unsere junge, durch die gerechteste aller Revolutionen erkämpfte Freiheit.«¹⁷⁾

Der *Vorwärts* war das Organ des Münchner demokratischen Vereins, dessen Programm in der Nr. 32 vom 12. September 1848 veröffentlicht wurde. Der Verein bekannte sich zur Volkssouveränität, zur deutschen Einheit und zur sozialen Gleichberechtigung aller Deutschen. Gemeinsam mit dem Verein für Volksrechte hielt er am 17. September eine Volksversammlung in Neuberghausen als Protest gegen den Waffenstillstand von Malmö ab. Beide Vereine schlossen sich wenige Tage später auch organisatorisch zusammen. Vorsitzender war Dr. Alexander Ringler, Schriftführer der Kunsthändler Emil Roller.

Als die Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung dem Waffenstillstand zustimmte, gegen den die Linke opponierte, weil er ihrer Ansicht nach *entehrend* war und nur mit Preußen, nicht mit der Zentralgewalt abgeschlossen wurde, riefen die Münchner Demokraten zu Protestversammlungen auf. Am 27. bzw. 29. September wurden deshalb neun ihrer Anführer, darunter Franz Sensburg, verhaftet. Zu dieser Zeit waren gegen Sensburg nachweisbar mindestens zwei weitere Untersuchungen wegen Pressevergehen anhängig.¹⁸⁾ Während der Zeit der Haft sprang der Rhenane Jakob Gotthelf in der Redaktion ein. Gotthelf berichtete über die Entlassung der meisten Verhafteten am 30. September: »Stundenlang harrte das Volk vor den Thoren der Frohnfeste, bis diese endlich für seine Lieblinge sich öffneten und nichtendenwollendes Hoch durchschallte die Luft . . . In den Pausen hielten der Dichter Schultes und der freisinnige, talentvolle Uhrmacher Fingerl Anreden an die Helden des Tages . . . Schade nur, daß Sensburg an der erhebenden Feier nicht theilnehmen konnte. Leicht wäre es ihm gewesen, sich diesen Abend wieder frei zu machen, aber durch die Justiz verhaftet, wollte er von der Justiz nur wieder befreit werden.«

¹⁷⁾ *Vorwärts*, Nr 28 vom 7. September 1848, S. 110.

¹⁸⁾ Bayer. Hauptstaatsarchiv MF 42 219, ferner MInn 45 185 und Kreisarchiv R. A. 1402/162. Da die Daten in den Akten ungenau sind, andererseits in dem uns vorliegenden Exemplar des *Vorwärts* nicht alle außerordentlichen Beilagen enthalten sind, verzichten wir auf nähere Angaben.

Der demokratische Verein und einige seiner Mitglieder erboten sich, eine Kaution zu stellen, als Sensburg auch fünf Tage später noch nicht entlassen war. Die Behörden gingen darauf zunächst nicht ein. Am 12. Oktober schrieb der *Vorwärts*: »... empören muß es jeden Freund der Freiheit, wenn ein junger Mann, der alle seine Kräfte dem gemeinsamen Wohle opfert, ohne Schuld im Kerker schmachtet... Wahrlich, man versteht bei uns noch schlecht, was Preßfreiheit heißt; würden die Herren die Zeitschriften Berlins, Wiens und Londons lesen, sie würden über ihre allzu constitutionelle Ängstlichkeit selber lachen.« Münchner Krawalle unpolitischen Charakters – es ging um den Bier- und Brotpreis – und die Oktoberunruhen in Wien und Berlin verschlechterten Sensburgs Aussicht, bald entlassen zu werden. Gotthelf fragte am 20. Oktober 1848 im *Vorwärts*: »Muß da nicht jedem unwillkürlich der Gedanke kommen, daß dieser Aufruhr gern gesehen wurde; daß man hier eine Gelegenheit gefunden zu haben glaubte, durch das Standrecht die Organe der Gegner verstummen zu machen?« Endlich am 27. Oktober kam Franz Sensburg frei. Emil Roller hatte die Kaution gestellt. Gemeinsam mit den Arbeitern und den Turnern beging der demokratische Verein das Ereignis.

Zur Vorbereitung der bayerischen Landtagswahlen im Dezember 1848 bildeten der monarchistisch-konstitutionelle Verein, der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung sowie der demokratische Verein einen Münchner Wahlausschuß, der jedoch bald wegen Meinungsverschiedenheiten über die Kandidatenaufstellung aktionsunfähig wurde. Gleichzeitig trennte sich eine Gruppe vom Bürgerverein für Freiheit und Ordnung und gründete am 17. November 1848 den Vaterlandsverein, dessen Erscheinen vom *Vorwärts* anfangs begrüßt wurde. Die Leitartikel des Blattes vom 23. und 24. Dezember äußern sich jedoch recht kritisch, nachdem der Vaterlandsverein bei den Wahlen mit allen Kandidaten durchgefallen war. Gegen Ende des Jahres 1848 unterstützte der *Vorwärts* die Ziele des Frankfurter Märzvereins, der den *gesetzlichen Widerstand zum Schutze der allseitig gefährdeten Errungenschaften der Märzrevolution* forderte und dessen Vorsitzender der Trierer Abgeordnete Ludwig Simon war. Am 30. Dezember veröffentlichte die Zeitung einen Bericht über die zwei Tage zuvor abgehaltene Versammlung des Vaterlands-, Demokratischen, Arbeiter- und Studentenvereins zur »*Constituierung eines großen alle Fractionen der hiesigen Liberalen umfassenden Märzvereins*«. Der neue Münchner Märzverein galt gleichzeitig als Zentralausschuß für ganz Bayern. Vorsitzender war der Advokat Dr. Joseph Riedl, später Dr. Herrmann, Schriftführer wiederum Emil Roller. Seine Aufrufe wurden im *Vorwärts* abgedruckt.¹⁹⁾

¹⁹⁾ *Vorwärts*, Nr 4 vom 4. Januar, Nr 18 vom 21./22. Januar, Nr 19 vom 23. Januar, Nr 36 vom 11./12. Februar, Nr 38 (37) vom 14. Februar, Nr 46 (45) f. vom 23. Februar 1849 usw. Die angeschlossenen Vereine behielten daneben ihr Eigenleben. Vgl. *Vorwärts* Nr 14 vom 17. Januar 1849.

Franz Sensburg war durch die Haft keineswegs gebrochen. Mit vermehrtem Eifer widmete er sich der publizistischen Aufgabe. Hatte er 1848 darauf verzichtet, seine Leitartikel mit *F. S.* zu zeichnen,²⁰⁾ so wurde das 1849 anders. In den 112 Nummern des Jahrgangs lassen sich ihm mit Bestimmtheit zehn Leitartikel zuschreiben. Sie sind in pathetischem Stil gehalten und mit scharfer Polemik gewürzt. Am 2. Januar 1849 heißt es in dem Aufsatz *Die Grundrechte des deutschen Volkes! und das Benehmen seiner Fürsten!*: »Wir sind jung und schwärmten ob unserer schönen Kartenhäuser – sie fielen alle; wir sind noch jung! – aber nüchtern, und diese Nüchternheit gibt uns eine Klarheit des Blickes, die sich von grauen Haaren nicht beschämen läßt. Wir geben zu, daß es leicht sei, einen Artikel zu schreiben, leicht, eine Rede zu halten, aber schwer, sehr schwer, eine organische Schöpfung in dem so unorganischen Staatsleben wie das unsere zu Wege zu bringen. Wir glaubens recht gern, erwarteten auch in den letzten Tagen keine gewappnete Minerva aus dem Haupte der Paulskirche, aber daß diese nothdürftig bewaffnete Amazone gar so wenig Respect einzufloßen vermag, hätten wir in unserer gereiften Weisheit doch nicht geglaubt.«

Über *Bayerische Zustände* meinte Sensburg am 11. Januar: »Wenn man bedenkt, welche köstlichen Rechte und Freiheiten die alten Landstände unseres Bayern bis 1669 besaßen, wo sie einschließen, wenn man erwägt, wie kraftvoll sie des Landes Angelegenheiten handhabten nach Innen und Außen und nur eine nutzbringende Verwendung der von ihnen stets neu bewilligten Steuern zuließen, die sie trotzig abschlugen, wenn die Herzöge irgendwie verschwenderisch oder verrätherisch gegen die ständischen Befugnisse auftreten wollten – und dagegenhält, welche Fortschritte wir seit 200 Jahren unter jesuitischer Herrschaft gemacht, so daß ein Volksbote das offizielle Organ für Bürger und Landmann ist, so wird man tief erschüttert ob solcher Schmach, besitzt man anders nur noch einen Funken von Ehrgefühl und Nationalstolz.«

Vom Zusammentritt des neuen bayerischen Landtags erwartete Sensburg am 20. Januar die Bestätigung des Verdachts, daß die Regierung »die durch die Landesrepräsentanten zum Ausdruck gelangte öffentliche Stimmung nicht achtet, daß sie gesonnen ist, noch ferner sich auf die Partei der Privilegirten zu stützen und – daß ihre glatten Worte von constitutioneller Wahrheit und gesetzlichem Fortschritt den 5 Millionen ihres Volkes durch 100 000 Bayonette verdeckelt werden sollen«. Und am 11. Februar warf er den Vertretern in der ersten Kammer vor, »den Geist slavischer Unterwerfung unter die von Gott eingesetzte, ja nach kaiserlich römischem Begriffe göttlich verehrte Obrigkeit schon in früher Jugend eingesogen« zu haben. Sie sähen »eher dem Ruine unseres Vaterlandes« ruhig zu, als daß sie die »schrecklichen Folgen ihres Systemes zugeben«.

²⁰⁾ Wir stellen nur 1848 zwei mit *J(oseph) S(ensburg)* gezeichnete Leitartikel fest (Nr 6 und Nr 47). Davon führte der in Nr 6 vom 12. August 1848 *Die Zeit des 6. August 1806 und die des 6. August 1848* zu einer gerichtlichen Untersuchung gegen Franz Sensburg wegen Majestätsbeleidigung.

Mit dem Beginn des Wintersemesters im Oktober 1848 lebte die studentische Bewegung in München wieder auf. Der *Vorwärts* druckte am 31. Oktober eine kritische Stellungnahme zur Änderung der Universitätssatzung ab: »Die Studenten sollen der Politik fremd bleiben, die sich zum Staatsleben heranbilden? Die Studenten sollen sich der Politik enthalten, die vor wenigen Monaten die Avantgarde im Kampf für die Freiheit gebildet?« Am 2. November protestierte die Münchner Studentenversammlung in der Aula der Universität, nachdem am Tage zuvor in einer Eingabe an das Staatsministerium des Kultus verlangt worden war, die studentischen Vereinigungen nicht unter Ausnahmerecht zu stellen.²¹⁾ Zwei Wochen später verhinderte das Rektorat gemeinsam mit der Polizei, daß ein Plakat der Rhenania in der Universität angeschlagen wurde. Die Rhenania forderte darin die sofortige Bewaffnung der Studentenschaft.²²⁾ Die Studentenversammlung am 29. November 1848 bewies, wie sehr die meisten Verbindungen von der neuen Satzung eingeschüchtert waren. Die Mehrheit schloß sich dem Antrag an, nicht über eine Leichenfeier für Robert Blum zu debattieren, da dies ein politisches Thema sei. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Behandlung der Freikorpsangelegenheiten.

Die radikalen Studenten verlegten ihre Aktivität schließlich in den Märzverein, als sie sahen, daß die Kommilitonen wegen der bedrohlichen Situation immer zurückhaltender wurden. Joseph Sensburg, im März und April 1849 zugleich 2. Präsident des Ferienausschusses der Münchner Studenten, tat sich als Redner bei verschiedenen Versammlungen hervor. Erst der Kampf um die Anerkennung der Reichsverfassung durch Bayern, der mit dem Beginn des Sommersemesters 1849 zusammentraf, mobilisierte die Studentenschaft. Erneut, wie schon im Februar 1848, war Joseph Sensburg, diesmal neben dem 21jährigen Redakteur des *Gradaus*, Gabriel Findel,²³⁾ einer der eifrigsten Agitatoren. Am 7. Mai 1849 brachte er in der Studentenversammlung den Antrag vor, einen Aufruf zum Kampf für die Reichsverfassung an alle Universitäten zu erlassen. Eine weitere Studentenversammlung nahm den Aufruf zwei Tage später an. Er wurde am 11. Mai im *Vorwärts* veröffentlicht.

Einen eindrucksvollen Bericht über die Erregung unter den Münchner Studenten brachte der *Vorwärts* am 10. Mai 1849:

»Die Hallen unserer Universität boten heute Morgens das Bild der Februar- und Märztage vergangenen Jahres. Gegen 12–1300 Studirende fanden dort sich ein, um dem Beschlusse der Praterversammlung gemäß in corpore die Adresse für Anerkennung der Reichsverfassung zu übergeben; allein ein Anschlag am schwarzen Brette machte bekannt, daß jede Massendemonstration verpönt sei, und man von dem guten Sinne der Studirenden etc. etc. Gut denn, dachten die

²¹⁾ *Vorwärts*, Nr 76 vom 2. November und Nr 78 vom 4. November 1848.

²²⁾ *Vorwärts*, Nr 92 vom 21. November 1848.

²³⁾ Über Findel vgl. Staatsarchiv Bamberg Reg. von Oberfranken. Präs. Reg. Nr 813/IV fol. 170 und 236.

wackeren jungen Männer, auch der Schein einer Ungesetzlichkeit sei vermieden, und man begab sich sofort in den Saal der kleinen Aula, der leider nicht die Hälfte der Anwesenden zu fassen vermochte, und schritt dort nach kurzer Darlegung der Gründe dieses Verfahrens, die allgemein anerkannt wurden, zur Wahl einer Deputation von 25 Mitgliedern, die sich, während die übrige Studentenschaft im Atrium der Universität der Antwort harrte, in das Ministerium verfügte. Trotz des Regens folgte den Abgesandten eine Menge Volkes bis an das Ministerium; vor demselben trat der Officier einer Abtheilung Infanterie der Deputation entgegen, ihr kundgebend, daß er den Auftrag habe, der Studentenschaft zu eröffnen, daß ihr nicht gestattet sei, weiter vorzuschreiten. Als ihm, der wahrscheinlich die den Abgesandten sich anschließende Menge für die Studentenschaft hielt, seine irrige Meinung entgegen gehalten wurde, passirte die Deputation und begab sich in das Ministerium des Innern, wo in Abwesenheit Hrn. Forster's der Cultusminister Dr. Ringelmann dieselbe empfing. Die Antwort desselben lautete etwa also: Anerkennend die Berechtigung der Studentenschaft zu diesem Schritte müsse er, was die Sache selbst angehe, auf die bereits abgegebene Note des bayerischen Ministeriums, das dessen Ansicht in dieser Frage darlege, verweisen; man werde den Ausspruch der in 5 Tagen zusammentretenden Kammer vernehmen, die gewiß nach reiflicher Berathung einen angemessenen Beschluß fassen werde. Auf die Mahnung des Hrn. Ministers, den Boden des Gesetzes nicht zu verlassen, erwiderte der Sprecher der Deputation, J. Sensburg, daß es genugsam Zeugniß für das Festhalten am Gesetze sei, wenn einmal die Massendemonstration unterblieb, und dann vorzugsweise geschehe ja gerade die ganze Manifestation nur zur Anerkennung des Gesetzes, nämlich der Reichsverfassung. Vor dem Abgange der Deputation bemerkte noch ein Mitglied derselben, der Pfälzerkreß: das Ministerium möge Dresden gegenwärtig wohl im Auge haben. Mit dieser freilich wohl vorauszusehenden Antwort ausgerüstet, begaben sich die 25 zur an der Universität harrenden Studentenschaft, welcher der erhaltene Bescheid mitgetheilt wurde, und die mit dreifach donnerndem Hoch auf die Reichsverfassung sich unter Absingen deutscher Lieder vor die Loggia begab, dort das Hoch wiederholte, und sodann auseinanderging. Der Eindruck dieser ersten Demonstration auf die Einwohnerschaft scheint ein nicht geringer zu sein!«

Da der Vorwärts auch selbst zur Verfassungsfrage Stellung nahm, ließ das Eingreifen der Behörden nicht lange auf sich warten. Daran änderte die Tatsache nichts, daß die Zeitung, offenbar pflichtgemäß, am 27. und 28. April 1849 den vollen Wortlaut der Erklärung der bayerischen Regierung über die deutsche Verfassungsfrage abdruckte. Franz Sensburg wurde die Übernahme des Manifests der fränkischen Demokratenvereine vom 29. April zum gleichen Thema in die Nummer vom 3. Mai besonders verübelt. Die Formulierungen dieses Manifests konnten nur als offene Umsturzdrohung verstanden werden: »Der Augenblick ist da, wo wir zeigen müssen, daß das Volk mündig ist und sich nicht in die alte, schmachvolle Knechtschaft zurückwerfen läßt. Niemand ist unter Euch, der nicht

das undeutsche und freiheitsfeindliche Treiben dieser Regierung verdammt . . . Die Antwort ist einfach: Wir müssen die Regierung zu unbedingter Anerkennung der deutschen Reichsverfassung zwingen . . . Die Franken müssen Bayern frei und deutsch machen.»

Die letzte Nummer des *Vorwärts* vom 13. Mai 1849 enthielt den Aufruf der Linken der Frankfurter Nationalversammlung, zu den Waffen zu greifen und den Kampf in Sachsen und in der Pfalz zu unterstützen. Gleichzeitig gab die Redaktion bekannt, daß die Abonnenten künftig die *Deutsche constitutionelle Zeitung* erhalten würden, »da der ›Vorwärts‹ momentan gehindert ist, zu erscheinen«.

IV

Die Münchner *Deutsche constitutionelle Zeitung* berichtete am 16. Mai 1849, daß Gabriel Findel vier Tage zuvor verhaftet worden war. Der Drucker Deschler und die Brüder Sensburg hätten ihm am nächsten Tag folgen sollen, von ihnen sei aber »aus heilsamer Scheu vor einer durch gebräuchlichen Schlendrian langwierigen Untersuchungshaft auf ferneren Genuß der Residenzannehmlichkeiten noch zu rechter Zeit verzichtet« worden. Franz Sensburg konnte seinen Häschern zunächst entgehen, Joseph stellte sich bald, wurde des Hochverrats angeklagt, erkrankte aber und durfte vorerst unter Bewachung eines Gendarmen bei seiner inzwischen nach München verzogenen Familie wohnen.²⁴⁾

Am 27. Juni 1849 schloß sich Franz Sensburg der badischen Revolutionsarmee an und geriet in die belagerte Festung Rastatt.²⁵⁾ Otto von Corvin schreibt im 3. Band seiner *Erinnerungen aus meinem Leben* (S. 264 f.) über das Verhalten des jungen Adjutanten des Kommandanten Tiedemann in der Gefangenschaft: »Er hatte aber weit mehr Talent zum Professor als zum Soldaten und versah seinen Dienst so nachlässig, daß ich ihn einst mit vierundzwanzigstündigem Arrest bestrafen mußte . . . Obgleich Sensburg sich zum Stichblatt der Scherze der Anderen hergab, so geschah dies doch eben nur aus Gutmütigkeit und weil er stets guter Laune war und Andere darein zu versetzen wußte . . . Obgleich in der Kasematte kindisch wie ein Knabe von acht Jahren, wußte er nichts desto weniger ernst zu sein, und aus seinen Gesprächen leuchtete tüchtige wissenschaftliche Bildung hervor. Er war ein junger, feiner und sehr hübscher Mann, der viel auf sein Äußeres gab und immer nett aussah.«

²⁴⁾ Gradaus, Nr 190/191 vom 8./9. Juli 1849. Der Drucker Deschler war bereits vom 27. November bis 21. Dezember 1848 verhaftet gewesen. *Vorwärts* Nr 99 vom 29. November und Nr 120 vom 23. Dezember 1848.

²⁵⁾ Bayer. Hauptstaatsarchiv MF 42 219. Mit dem Bau der Festung Rastatt wurde 1841 begonnen. Zeitweise waren 6000 Mann beschäftigt. Vgl. Mannheimer Abendzeitung Nr 250 vom 19. Oktober 1844. Über die Einnahme am 20. Juli 1849 vgl. die *Lebenserinnerungen* von Karl Schurz (1. Bd.). In den Akten des Bad. Generallandesarchivs Karlsruhe fanden sich keine Hinweise auf Sensburg.

Mit den 176 Offizieren und 5398 Mann der Besatzung geriet Sensburg am 20. Juli 1849 in badisch-preußischen Gewahrsam. Wochenlang waren die Besiegten den schwersten physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Am 24. August trug Varnhagen von Ense in sein Tagebuch ein: »Die Erschießungen in Baden dauern fort, auch geringe, unbekannte Leute werden verurtheilt. Diese Grausamkeit ist eine fürchterliche Lehre für die Gegner, auch grausam zu sein.« Nur der Umstand, daß er bayerischer Untertan war, rettete Franz Sensburg das Leben. Seine Eltern blieben über das Schicksal des Sohnes monatelang im unklaren. Obwohl die *Deutsche constitutionelle Zeitung* bereits am 14. August 1849 erfahren hatte, daß Sensburg in Gefangenschaft geraten war, schrieb sein Vater am 24. September in einer Eingabe:

»Inzwischen mußte ich auch noch die traurige Überzeugung erhalten, daß meine beiden Söhne, die Rechtskandidaten Franz und Joseph Sensburg, wegen der ihrem Vater durch die mit dem schwersten Unrechte herbeygeführte Quiescirung desselben zugefügt wordenen tief kränkenden Schmach im gerechten Unwillen entbrannten und durch gebrandmarktes Ehrgefühl und Liebe zu ihrem Vater in unglücklicher Verbindung mit jugendlichem Leichtsinne ohne ihr Verschulden in den Strudel politischer Verirrungen hineingerissen wurden, deren Tragweite sie nicht beurtheilen konnten.

Mein älterer Sohn Franz irrt bereits schon seit dem 12ten May, um der Haft zu entgehen, als politischer Flüchtling in der Welt herum, ohne daß ich seinen Aufenthalt erfragen konnte, und wird wahrscheinlich schon den schrecklichen Hungertod gestorben, oder den bittersten Entbehrungen, und tödlichen Krankheiten erlegen sein – mein jüngerer Sohn Joseph schmachtet nun schon eilf Wochen lange in der Frohnveste dahier, wohin er, da er sich todtkrank freiwillig stellte, noch krank geschafft wurde, ich werde daher auch diesen zweiten Sohn verlieren, wenn er noch länger in der Frohnveste dahier herumgeschleppt, und dadurch seine Körper- und Geisteskraft langsam und martervoll getödtet wird.

Diese meine beiden Söhne, auf deren wissenschaftliche Bildung ich mein ganzes Vermögen zu 10 000 Gulden verwendet, und dadurch meinen übrigen fünf unversorgten Töchtern alle Aussicht auf Versorgung entzogen habe, waren bis zu meiner Quiescirung allgemein anerkannt zwey talentvolle junge Männer . . .« Endlich am 4. Oktober 1849 – fünf Tage vor ihrer Einstellung – berichtete die *Deutsche constitutionelle Zeitung*, daß die bayerischen Ministerien des Äußeren und der Justiz die Auslieferung aller in badischer Haft befindlichen bayerischen Staatsangehörigen veranlaßt hatten. Die Zahl der Betroffenen wurde von der Augsburger *Allgemeinen Zeitung* am 9. Oktober auf etwa 500 beziffert.²⁶⁾ Am 12. Oktober ging der erste Transport von Rastatt ab. Die Verwahrlosung der

²⁶⁾ Die Freie Zeitung, Wiesbaden, Nr 237 vom 5. Oktober 1849 nannte nur 167 Bayern und insgesamt 559 nichtbadische Staatsangehörige. Zum Eingehen der *Deutschen constitutionellen Zeitung* vgl. Deutsche Zeitung Nr 281 vom 11. Oktober 1849.

Heimkehrenden, durch die früh eingebrochene winterliche Witterung verschlimmert, erregte in Bayern allgemeine Anteilnahme.

In Augsburg war Ende Juli 1849 am Kreis- und Stadtgericht eine Zentraluntersuchungsbehörde für alle politischen Vergehen eingerichtet worden. Am 11. November sandte der Regierungspräsident von Schwaben und Neuburg an den Regierungspräsidenten von Oberfranken ein Verzeichnis mit 69 Namen von Freischärlern, von denen 60 inzwischen entlassen und außer Verfolgung gesetzt, aber streng zu überwachen waren. Unter den übrigen neun, die in Augsburger Untersuchungsarrest verblieben, befand sich Franz Sensburg.²⁷⁾

Unterdessen wurden auch die inhaftierten Redakteure des *Gradaus*, die Arbeiter Nißle und Bogner, nach Augsburg gebracht, am 26. Januar 1850 jedoch auf Grund des bayerischen Amnestiegesetzes vom 22. Dezember 1849 freigelassen. Die Brüder Sensburg und der Student Findel blieben im Augsburger bzw. Münchner Gefängnis. Obwohl der Staatsanwalt am 25. Dezember 1849 die Niederschlagung ihrer Untersuchung beantragte, lehnte das Kreis- und Stadtgericht Augsburg zuerst mit folgender Begründung ab: Findel habe in der von ihm redigierten Zeitung *Gradaus, mein deutsches Volk!* (Nr. 126, 133 und 134) zum Umsturz aufgefordert, Joseph Sensburg sei in Reden und gedruckten Aufrufen für eine soziale Demokratie und die Erzwingung der deutschen Reichsverfassung eingetreten, Franz Sensburg schließlich gestehe, sich den badischen Freischaren angeschlossen zu haben, »hierbei jedoch bescheinigt ist, daß er nicht im activen Dienst gestanden, keinem Gefechte beigewohnt und nur in der Schreibstube verwendet worden«. ²⁸⁾

Joseph Sensburg wurde Anfang März 1850 aus der Münchner Untersuchungshaft entlassen, weil die Anklage zur Verurteilung nicht ausreichte, und seine Relegation von der Universität München nach einiger Zeit aufgehoben. Er erhielt schließlich eine Anstellung im Justizdienst. Franz Sensburg kam gemeinsam mit Findel am 6. März 1850 in Augsburg frei.²⁹⁾ Er wurde nicht wieder zum Studium zugelassen, und seine Gesuche um Übernahme in den Verwaltungsdienst blieben unbeachtet. Bis zum 24. September 1851 arbeitete Franz Sensburg in der von seinem Studien- und Verbindungsfreund Jakob Gotthelf geleiteten Redaktion des *Bayerischen Eilboten*, den die *Deutsche constitutionelle Zeitung*

²⁷⁾ Staatsarchiv Bamberg Reg. von Oberfranken. Präs. Reg. Nr 813/VII fol. 122—126.

²⁸⁾ Vgl. *Der Bayerische Eilbote*, Nr 33 vom 17. März 1850. Das Gericht brachte in seiner Erkenntnis einige Tatsachen durcheinander. So bezeichnete es Joseph S. als Redakteur des *Vorwärts* und die Washingtonfeier der Rhenania am 22. Februar 1849 als »Arbeiterbanquet«.

²⁹⁾ Über Franz Sensburgs und Findels Entlassung Staatsarchiv Neuburg (Donau) Reg. von Augsburg Nr 6512. Ferner *Der Bayerische Eilbote*, Nr 31 vom 13. März 1850. Joseph Sensburg starb am 17. Dezember 1879 als Bezirksgerichtsrat in Bamberg. Die *Bamberger Neuesten Nachrichten* widmeten ihm, der mehrfach für die Volkspartei und die Fortschrittspartei zum Reichstag kandidiert hatte, am 20. Dezember 1879 einen kurzen Nachruf. Mitteilung der Staatl. Bibliothek Bamberg vom 24. Juni 1960.

bei ihrem Eingehen im Oktober 1849 den Abonnenten als Ersatz empfahl, weil er »mit gleicher Entschiedenheit für die Sache des Fortschritts« kämpfe. Sensburg vertrat Gotthelf in dessen Abwesenheit, blieb aber von weiteren Verfahren verschont, obwohl der *Eilbote*, besonders im Herbst 1850 – wie der Ende September 1850 eingestellte *Gradaus* – jede Woche mindestens einmal konfisziert wurde.³⁰⁾

Bei der Liquidierung der oppositionellen Presse erwies sich das bayerische Pressegesetz vom 17. März 1850, das bis zum Reichspressegesetz von 1874 gültig war, zunächst nicht als wirksames Instrument des Kabinetts von der Pfordten. Nur in relativ seltenen Fällen folgten die Gerichte dem Antrag des Staatsanwalts. Die augenfälligste Folge des Gesetzes war die Einschränkung des Straßenverkaufs durch die Einführung eines Erlaubnisscheins für Kolporteurs, was tatsächlich den Absatz unerwünschter Zeitungen behindert haben dürfte.³¹⁾ Ab 1853 ging die Polizei dazu über, Periodika vor dem Erscheinen zu beschlagnahmen. Das neue bayerische Vereinsgesetz wirkte sich demgegenüber sofort aus, wie die *Deutsche Zeitung* am 21. März 1850 andeutete. Polizeikommissare erschienen als Beobachter bei den Vereinssitzungen, sogar bei den theatralischen und musikalischen Veranstaltungen des Münchner Arbeiterbildungsvereins.³²⁾ Im Juli 1850 verfügte die Regierung von Oberbayern die Schließung aller Arbeiterbildungs- und Wanderunterstützungsvereine; sie wären *Theile der über ganz Deutschland in organischer Gliederung verbreiteten Arbeiterverbrüderung*. Im Mai 1850 appellierte Jakob Gotthelf vergeblich an das bayerische Ministerium des Innern, weil die Regierung von Oberbayern die Verbindung Rhenania zum *politischen Verein* erklärt hatte und aufheben wollte.

Über die Tätigkeit Franz Sensburgs zwischen Ende 1851 und Frühjahr 1854 ist nichts aktenkundig geworden. Sein Vater starb am 2. November 1853 in München. In einem Gesuch um Geldunterstützung vom 25. August 1853 hatte Karl Sensburg erwähnt, daß er selbst seit neun Wochen an Kopfgicht litt, seine Frau sowie die beiden jüngsten Töchter an Nerven- bzw. Schleimfieber erkrankt wären.³³⁾ Einem Bericht der Wiener an die Münchner Polizeidirektion vom 13. Juli 1854 ist zu entnehmen, daß der Privatsekretär Franz Sensburg sich im Auftrage seines nicht näher bezeichneten Dienstherrn seit dem 12. April in Graz

³⁰⁾ Bayer. Hauptstaatsarchiv MF 42 219 fol. 6. Vgl. auch Öffentliche Verhandlung etc. Ferner *Deutsche Zeitung*, Nr 283 vom 13. Oktober 1849; *Allgemeine Zeitung* (Augsburg), Nr 354 vom 20. Dezember 1850 sowie Richter, S. 96 ff. und 122. Der Rechtskandidat Gotthelf war Präsident der Rhenania und Mitglied des Münchner Studentenausschusses. Gotthelfs Schrift über die *Historisch-dogmatische Darstellung der rechtlichen Stellung der Juden in Bayern* wurde am 26. Juni 1850 von der Universität preisgekrönt.

³¹⁾ Der Bayerische *Eilbote*, Nr 35 vom 22. März sowie *Neue Deutsche Zeitung*, Nr 49 vom 25. Februar und Nr 75 vom 28. März 1850. Richter, S. 119 ff.

³²⁾ Der Bayerische *Eilbote*, Nr 51 vom 28. April und Nr 57 vom 12. Mai 1850.

³³⁾ Bayerisches Hauptstaatsarchiv MInn 36 447 fol. 275 und 277.

und seit dem 25. Mai in Wien aufgehalten hatte und am 12. Juli nach München abgereist war.

Unter dem 7. Juni 1855 erhielt das Ministerium des Innern in München die *Alleruntertänigste Bitte des Privatgelehrten Franz Ludwig Philipp Sensburg um allergnädigste Anstellung im Ressort des königlichen Staatsministeriums des Innern bzw. dem königlichen Reichsarchive.*³⁴⁾ Die Akten verzeichnen die Selbsterniedrigung, zu der sich Sensburg angesichts des Elends seiner Familie bereitfinden mußte: »Berührt wie tausende jugendliche Gemüther von den Zuckungen einer aufgeregten Zeit, wankte die Scheu vor dem Gesetze im heftigen Jagen nach zügelloser Freiheit. Das Gesetz strafte diese Verirrung, und die Trümmer einer gescheiterten Existenz haben dieselbe gesühnt. Trotzdem lastet die Strafe ungemindert auf mir . . . ich habe geirrt, als ich kaum erst in das Jünglingsalter trat – die Reife der Jahre läßt mich das schmerzlich beklagen . . . der Kummer einer greisen Mutter, die Trauer meiner fünf unversorgten Geschwister, sie sind täglich mahnende Zeugen.«

Viereinhalb Monate lang recherchierte die Behörde. Am 21. Oktober 1855 lehnte es die Polizeidirektion in München ab, das Gesuch »einer der Coryphäen der Umsturzpartei« zu befürworten. Es müßten vorerst entschiedene Proben ergebener Gesinnung und aufrichtiger Besserung abgewartet werden. Der Regierungspräsident von Oberbayern glaubte es am 24. Oktober 1855 »der Allerhöchsten Gnade und Weisheit Eurer Majestät anheimstellen zu müssen«, ob den Beteuerungen Sensburgs Gewicht beizulegen sei. Der Bittsteller war bei ihm erschienen und hatte »mit Tränen im Auge auf das Heiligste, namentlich auch auf sein Ehrenwort« versichert, »von seinen früheren Verirrungen gänzlich zurückgekommen« zu sein.

Am 12. Juli 1856 griff König Maximilian II. persönlich ein und verfügte, Sensburg, sobald sich Gelegenheit ergebe, in der Finanzverwaltung zu beschäftigen. Am 29. Juli ordnete der Regierungspräsident von Oberbayern an, daß sich Sensburg zunächst bei einem Rentamt für die Praxis zu qualifizieren habe. Der Staatsräson war Genüge getan.

Literatur

Allgemeine Zeitung. Augsburg 1848—50

Der Bayerische Eilbote. München 1850—51

Deutsche constitutionelle Zeitung. München 1848—49

Deutsche Zeitung. Heidelberg (später Frankfurt am Main) 1848—50

Es muß Tag werden. München. Dezember 1848 bis Januar 1849

Der Festungsbote. Rastatt 1849

³⁴⁾ Im Österreichischen Staatsarchiv Wien und im Steiermärkischen Landesarchiv Graz befinden sich keine Akten über Sensburg mehr. Bayer. Hauptstaatsarchiv MF 42 219.

Freie Zeitung. Wiesbaden 1849
Gradaus, mein deutsches Volk!! München 1848—50
Die Grenzboten. Leipzig 1848—49
Neue Deutsche Zeitung. Darmstadt (später Frankfurt am Main) 1848—50
Vorwärts! München 1848—49
Westfälische Volkshalle. Münster 1849—50

Bayrle, Josef: Die rechtliche Situation der bayerischen Presse von 1818—1848. München Jur. Diss. 1949
Corvin, Otto v.: Erinnerungen aus meinem Leben. 3. Band. Leipzig 1880
Diezel, Gustav: Baiern und die Revolution. Zürich 1849
Doeberl, M.: Bayern und die deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlaments. München, Berlin 1922
Erlebnisse in den Casematten von Rastatt. Ein kleiner Beitrag zur preußischen Humanität. Augsburg 1849
Fickler, C. B. A.: In Rastatt 1853
Förderer, Albert: Erinnerungen aus Rastatt 1849. Lahr i. Ba. 1899
Frei, Wilhelm: Die Volkserhebung in Baden im Mai und Juni 1849. Offenbach 1849
Grauert, Hermann v.: Schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Gedanken an deutschen Universitäten. München 1917
Griewank, Karl: Deutsche Studenten und Universitäten in der Revolution von 1848. Weimar 1949
Häusser, Ludwig: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution. Heidelberg 1851
Heer, Georg: Geschichte der Deutschen Burschenschaft. 3. Band. Heidelberg 1929
Heinzen, Karl: Einige Blicke auf die badisch-pfälzische Revolution. Bern 1849
Hoffmann, Kurt: Sturm und Drang in der politischen Presse Bayerns 1848—1850. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte. 3. Jg, 1930, 2. Heft, S. 205—266
F. K.: Die deutsche Studentenschaft 1848. Beiträge zu den Februar/März-Ereignissen. In: Burschenschaftliche Blätter. 11. Jg, 1896, Nr 5, Dezember
Koszyk, Kurt: Das »Dampfboot« und der Rhedaer Kreis. In: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung. 2. Band. Dortmund 1958
Kurz, Ferdinand: Der Antheil der Münchener Studentenschaft an den Unruhen der Jahre 1847 und 1848. München o. J.
Leininger, Franz: Zur Geschichte der I. Münchner Burschenschaft »Rhenania«. Mskr. im Archiv der deutschen Burschenschaften. Frankfurt am Main
Lorenz, E.: Zur Geschichte der Zensur und des Schriftwesens in Bayern. Berlin 1940
Mittheilungen aus persönlichen Erfahrungen über die Helden der Mai-Revolution in Baden. Basel 1849
Neher, Walter: Arnold Ruge als Politiker und politischer Schriftsteller. Heidelberg 1933
Öffentliche Verhandlung beim Schwurgerichtshof von Oberbayern zu München am 19. Dezember 1850 gegen Redacteur Jakob Gotthelf wegen Mißbrauchs der Presse, begangen durch Beleidigung der bayerischen Staatsregierung, resp. durch Angriffe auf den Bundestag mit der Vertheidigungsrede des Herrn Dr. Herrmann. München 1850
Pölnitz, Götz v.: Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung in der Münchner Studentenschaft (1826—1850). München 1929
Rastatter Casematten-Erzählungen eines Freigewordenen. Meisenheim 1850
Rauch, A.: Schicksale und Zustände der bayerischen Presse. Bamberg 1847
Richter, Ernst: Die Entwicklung des bayerischen Presserechts von 1848—1874. München Jur. Diss. 1952

- Rüdinger, Karl: Die Arbeiterbewegung in Bayern 1848—1850. München Phil. Diss. 1933. Bottrop 1934
- Rupp, Erika-Margarete: Die Pressepolitik unter Ludwig I. mit besonderer Berücksichtigung der Münchner Presse. München Phil. Diss. 1952
- Schaffrath: Die politischen Rede- und Preßvergehen. Leipzig 1851
- Schlüter, H.: Beiträge zur sozialen Geschichte des Jahres 1848. In: Die Neue Zeit. 3. Jg., 1885, S. 28—35, 84—90 und 120—133.
- Schurz, Karl: Lebenserinnerungen. 1. Band. Berlin 1906
- Seitz, Max: Die Februar- und Märzunruhen in München 1848. München Phil. Diss. 1923
- Terzi, Alfred Otto v.: Münchener Studenten als Revolutionäre. In: Bayerische Hochschulzeitung. 2. Jg, 1921, Nr 17, S. 148 ff., und Nr 18, S. 660 ff.
- Trautmann, Franz: Angriffe der Münchner Polizeidirektion auf die Freiheit der Presse. München 1848
- Valentin Veit: Geschichte der deutschen Revolution von 1848—49. 2 Bände. Berlin 1930/31
- Wiesner, A. C.: Militärisches Tagebuch aus Baden. Zürich 1849
- Wild, Franz: Das Arbeiterbankett in München, 24. Februar 1849. München 1849